

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— M., bei Selbstabholung 1.00 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— M., für 1 Monat 2.— M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 008.

Inseratenpreise:
Die 7gespaltene Zeile 50 Pfg. und 40% Steuerzuschlag — 70 Pfg. Desgl. bei Platzvorbehalt 55 Pfg. und 40% Steuerzuschlag — 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 6 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4306 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Eröffnung des Metallarbeitertags in Stuttgart.

Ein erster Vorstoß der Opposition.

Die Generalversammlung der Metallarbeiter.

Stuttgart, 8. Oktober.

(Eigener Drahtbericht der Leipziger Volkszeitung.)
Am Montag trat im Stadgarten die Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zusammen. Dieser Verbandstag der größten Gewerkschaft der Welt wird für die gesamte Arbeiterbewegung von ausschlaggebender Bedeutung sein. Das ergibt sich schon aus der Zusammensetzung der Generalversammlung. Zwar jahrelang war die Opposition gegen die offizielle Instanzpolitik der Gewerkschaften im Metallarbeiterverband besonders reger. Das ergab sich daraus, daß in der Metallindustrie Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern besonders scharf aufeinandertrafen. Auch während des Krieges war es die Arbeiterchaft in der Metallindustrie, die sich am entschiedensten gegen die Instanzpolitik der Gewerkschaftsführer wandte. Es fand seinen Ausdruck auf dem Verbandstag der Metallarbeiter in Köln 1917, wo es dem Vorstand zwar noch einmal gelang, eine knappe Mehrheit für seine Kriegspolitik zu gewinnen, wo sich aber auch deutlich zeigte, daß die Generalkommissionspolitik in den ausschlaggebenden Kreisen der Arbeiterchaft den Boden verloren hatte.

Der diesjährige Verbandstag der Metallarbeiter bringt den Mitgliedern der Generalkommissionpolitik schon äußerlich zum Ausdruck. Von den 229 Delegierten rechnete sich eine starke Mehrheit zur Opposition. Die von den übrigen unabhängigen Anhängern des Vorstandspolitik sind, wird erst der Verlauf der Tagung zeigen.

Die Beherrschung des Verbandstages durch die Opposition wird der Tagung ihren Stempel aufdrücken. Das wird sich sowohl bei der Behandlung der inneren Verbandangelegenheiten als auch bei den Fragen von allgemein-gewerkschaftlicher Bedeutung zeigen. Selbstverständlich werden auch die augenblicklichen wirtschaftlichen Kämpfe der Metallarbeiter eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen spielen. So vor allem der Kampf in der Berliner Metallindustrie. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß dieser Kampf zu einer Kraftprobe großen Stils für die Metallindustrie ganz Deutschlands wird. Von besonderer Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung wird auch die Stellung des Verbandstages zur Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern, zum Mittelstand und zur Sozialisierung sein. Die Stellung des Verbandstages zur Arbeitsgemeinschaft kann der ganzen Instanzpolitik der Generalkommission den Todesstoß geben; wenn die größte Gewerkschaftsorganisation gegen und seinen Freunden die Gesellschaft verläßt, dann ist es mit ihrer Herrlichkeit vorbei. Die Anhänger der Vorstandspolitik sind sich auch über die Zusammenlegung und über die Aussichten, die ihrer Politik blühen, im Klaren. Sie stützen sich aber darauf, daß zur Statutenänderung eine Zweidrittelmehrheit gehört und diese hat die Opposition noch nicht erreicht.

Die veränderten Verhältnisse wurden schon bei der Begrüßungsrede des Vorsitzenden scharf angedeutet und führten dann bei der ersten Handlung des Verbandstages zu einem starken Zusammenstoß zwischen den Anhängern des Vorstandes und der Opposition. Bei der Wahl der Mandatsprüfungskommission schlug die Opposition vor, sechs von ihren Anhängern und drei Vorstandsanhänger zu wählen. Damit waren die Anhänger des Vorstandes nicht einverstanden, denn sie waren es in jahrelanger Nutzung gewohnt, die entscheidenden Kommissionen hauptsächlich mit ihren Leuten zu besetzen. Im Namen der Vorstandsanhänger drohte das A. S. Köln, wenn die Opposition nicht Partei bei der Zusammenlegung der Kommission anerkennet, dann müßten sich keine Freunde überlegen, ob sie sich überhaupt an der Kommission beteiligen würden. Das berechnete für die Opposition 170 bis 180. Die Anhänger des Vorstandes 130—140 Delegierte. Die Opposition rechnete für sich 100 Delegierte. Schließlich verlangte Haas, die Mandatsprüfungskommission solle nach dem Stimmverhältnis der beiden Meinungen zusammengesetzt werden. Ein Antrag, die Kommission in dem Verhältnis von 5:4 zusammensetzen, wurde abgelehnt. Darauf beantragte Haas, der Verbandstag solle sich eine halbe Stunde vertagen, um den Anhängern des Vorstandes Gelegenheit zu geben, sich über ihre Haltung zu verständigen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Nach der Wiedereröffnung erklärte Haas, seine Fraktion behauptete für die Mandatsprüfungskommission vier Vertreter, die Opposition solle fünf Vertreter stellen. Sollte der Verbandstag diesen Vorschlag ablehnen, dann verzichte die Fraktion Haas auf eine Vertretung in der Kommission. Die Anhänger des Vorstandes würden sich dann die Entscheidung vorbehalten, ob sie im Plenum mitarbeiten wollten. D. H. Mann-Frankfurt gab für die Opposition die Erklärung ab, seine Freunde seien bereit, in der Gesamtheit, Beschwerde- und Wahlkommission der andern Seite noch einen weiteren Sitz einzuräumen, diese Kommission also mit 4:3 zusammensetzen. Danach besetzte die Opposition auf einer Zusammenlegung der Mandatsprüfungskommission von 8:3.

Darauf beschloß die Generalversammlung, die Mandatsprüfungskommission in der Stärke von 8:3 zu besetzen. Nunmehr verzichtete die Fraktion der Vorstandsanhänger auf jede Vertretung in der Mandatsprüfungskommission, worauf der Verbandstag neun Anhänger der Opposition in die Kommission wählte.

In der Nachmittagsstunde kamen die auswärtigen Gäste zum Wort. Mit besonderem Interesse wurden dabei die Ausführungen des Vertreters des ungarischen Eisen- und Metallarbeiterverbandes Miklitsch verlesen. Er malte ein lebendiges Bild der Lage der ungarischen Arbeiter. Die Beweise auf volkswirtschaftlichem und nemez-

schaftlichen Gebiet sei so zugrunde gerichtet, daß die Arbeiter wieder dort anlangen müßten, wo sie vor dreißig Jahren gestanden haben. Gegenüber dieser Schilderung, die sich besonders gegen das Miklitsch-System wandte, erklärte der Vertreter des österreichischen Metallarbeiterverbandes Franz Domez, daß sein ungarischer Kollege zu schwarz gemalt habe. Wohl müsse zugegeben werden, daß in Ungarn bei der Sozialisierung viele Fehler gemacht worden sind, aber viel mehr Schuld an den gegenwärtigen Zuständen tragen die Reaktionen der Reaktion.

Das Vorstandsmittglied Reichel machte sich die Ausführungen Miklitschs zunutze, um in seiner Weise vor unüberlegten Experimenten zu warnen. Schließlich dankte Reichel den schweizerischen, sowie den dänischen und skandinavischen Genossen für die von ihnen eingeleiteten Hilfsaktionen zugunsten der deutschen Kinder und der armen Bevölkerung Deutschlands. Da die Mandatsprüfungskommission noch nicht berufen konnte, wurden die Verhandlungen abends gegen 5 Uhr auf Dienstag früh vertagt.

Zurückgenommenes Versammlungsverbot.

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Volks-Meldung, daß das Gericht über ein Verbot der 10. von der U. S. P. D. für heute abend in Berlin einberufenen Versammlungen nicht zutreffend, wird in der Freiheit dahin erläutert, daß zunächst wohl ein Verbot der Versammlungen erfolgte. Das Berliner Verbandsbureau der Partei erhielt dieses Verbot am Montag nachmittags zugehört. Am Montag abend wurde jedoch der Redaktion der Freiheit telefonisch mitgeteilt, daß das Verbot zurückgenommen werde. Die Versammlungen können also tatsächlich heute abend stattfinden.

Die Hungerstreik-Schande!

John Hungerstreiker in Werl!

Die Hungerstreikschande wächst zur dauernden Erscheinung in der demokratischsten aller Demokratien aus. Übermals haben in der rheinischen Gefangenenanstalt Werl monatlang gemarterte Schuldhäftlinge zum letzten Mittel gegriffen, um das Verhör oder die Entlassung zu erzwingen. Ein und verpöbelte angehende Bericht aus Werl vom 10. Oktober meldet uns:

Am Montag, dem 5. Oktober, sind von hier festgehaltenen dreizehn Schuldhäftlingen die ersten in den Hungerstreik getreten. Am Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag schlossen sich an — bis jetzt verweigern zehn Inhaftierte die Nahrungsaufnahme. Von den 13 Schuldhäftlingen sind 11 Berg- oder Industriearbeiter, die nichts anderes getan haben, als unter ihren Kameraden für den Sozialismus zu werben, einige waren Vertrauensleute. Aus Neuheeren, die sie bei Streiks getan haben sollen, hat man ihnen den Streik gebreht; Spitzer- und Unternehmerberufte haben sie der Militärbehörde als Schwerverbrecher und Gefähr für das Reich denunziert. Seit Monaten geht die Untersuchung, aber keinem von ihnen hat man bisher eine strafbare Handlung nachweisen können. Trotzdem hält man sie als Abhörer für die übrigen Arbeiter fest. Auch zwei Mitglieder der Sozialierungskommission für den rheinisch-westfälischen Bergbau (Nemmer-Kommission) sind darunter. Ihnen kann nichts anderes vorgeworfen werden, als daß sie als Vertreter der Bergarbeiter die Sozialisierung der Gruben vorbereiten und die wirtschaftlichen Forderungen der Bergleute vertreten sollten.

Die Hälfte der Inhaftierten befindet sich schon sechs Monate in Haft. Bessern wurde einem von ihnen der Haftbefehl für ein weiteres Vierteljahr zugestellt. Man will also anscheinend die Haft bis ins Unendliche ausdehnen. Das hat die Opfer, die seit langem vergeblich öffentliche Anklagen und Verhandlungen fordern, zur Verzweiflung gebracht. Sie wollen lieber zugrunde gehen, als diese Marter der Ungewißheit noch länger tragen. Sie rufen die Arbeiterchaft auf, sie in ihrem Kampfe gegen ein unmenschliches System zu unterstützen.

Die Reichswehr als Streibrecher-Organisation.

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Einem Telegramm der Täglichen Rundschau zufolge hat in dem Streik der Angestellten der Pommerischen Kleinbahnen die Reichswehr eingegriffen. Soldaten übernahmen den Transport von Lebensmittelwagen. Es soll jedoch nicht beabsichtigt sein, einen Einfluß auf den Verlauf des Streiks der Eisenbahner auszuüben. (1) Die Beschäftigungsnöte am Schluß ist natürlich seinen Helfer merk!

Das Ziel der rechtssozialistischen Politik.

Um die Wiederbelebung des Kapitalismus.

Berlin, 13. Oktober.

Heute wurde in der Nationalversammlung erneut eine volkswirtschaftliche Debatte eröffnet. Die Interpellation der Rechtssozialisten über die Preissteigerung, die durch die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung von Leder und Häuten hervorgerufen worden ist, führte erneut zu einer Aussprache über die Tätigkeit des Reichswirtschaftsamts und über die wirtschaftliche Situation Deutschlands. Das Neußere dieser Debatte entsprach durchaus dem Bild, das die Sitzungen der Nationalversammlung bisher geboten haben. Das Interesse der Mitglieder des Hauses an volkswirtschaftlichen Debatten ist noch geringer als das Interesse an politischen Debatten. Gähnende Leere im ganzen Hause, kaum 50 Abgeordnete anwesend — es ist jeden Tag dasselbe Bild.

Diese volkswirtschaftlichen Debatten zeigen den Charakter der Regierung und der Nationalversammlungsmehrheit deutlicher als die sogenannten großen politischen Debatten. Dort ergehen sich die Parteiführer in allgemein-politischen Oberflächlichkeiten. Sie suchen durch das Blendwerk politischer Versprechungen und durch die Phrasologie des politischen Parteikampfes zu verbergen, daß sie Klasseninteressen vertreten. Bei den volkswirtschaftlichen Debatten müssen sie deutlicher werden und das, was sie wirklich wollen, unverhüllt sagen. Die Valutadebatte hat das gezeigt. Die heutige volkswirtschaftliche Debatte setzt fort, was die Valutadebatte begonnen hat. Die Debatte drehte sich im einzelnen um die Frage, wie die Belastung der Konsumenten durch die Preissteigerung gemildert werden könne, ob Zwangsbewirtschaftung oder freie Wirtschaft. Der Kern jedoch ist ein anderer. Die Valutadebatte ließ erkennen, daß das Streben der bürgerlichen Parteien danach geht, den deutschen Kapitalismus wieder aufzubauen und zu festigen durch die Wiederherstellung der uneingeschränkten freien Konkurrenz um den Preis gewaltigster Preissteigerungen, die von den Konsumenten des Inlands, namentlich von der minderbemittelten Bevölkerung getragen werden soll. Die heutige Debatte bewies, daß dies Streben der bürgerlichen Parteien auch das Streben der Regierung ist. Diese kapitalistischen Anschauungen, die in der Valutadebatte Gothein vertrat, trug heute der Reichswirtschaftsminister, der Rechtssozialist Herr Robert Schmidt als die seinigen vor. Herr Bauer hat gezeigt, daß die Regierung das soziale Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsgemeinschaft, also der Verankerung des Kapitalismus gestalten will. Herr Robert Schmidt läßt erkennen, daß die Wirtschaftspolitik der Regierung auf die Vertretung der Interessen der kapitalistischen Produktion, auf die Schaffung von Grundlagen abzielt, die der kapitalistischen Produktion in Deutschland die Existenzmöglichkeit geben.

Das wahre Wesen rechtssozialistischer Regierungspolitik wird dadurch enthüllt. Zugleich aber zeigte sich die Divergenz dieser rechtssozialistischen Regierungspolitik mit der rechtssozialistischen Wahlpolitik. Die rechtssozialistische Regierungspolitik hat die kapitalistische Wirtschaft in der Lederindustrie entsefekt. In der gegenwärtigen Situation bedeutet die Entseffung des Kapitalismus in Deutschland die Entseffung seiner schamlosesten Form: auf die Spitze getriebene Profitwut, Wucher- und Schieberwirtschaft über die Wunden des Wucher- und Schieberturns aus der Vorkriegszeit weit hinaus, Korruption, tollste Ausbeutung der Konsumenten. Die rechtssozialistische Wahlpolitik enttrüftet sich über die schauerlichen Begleiterscheinungen der Entseffung des Kapitalismus. Aber sie denkt nicht daran, eine wahrhaft sozialistische Politik zu vertreten. Sie sucht die Entrüstung der minderbemittelten Bevölkerung gegen die sinnfälligen Erscheinungen des kapitalistischen Systems auszunutzen, um durch ihre vorgebliche Oppositionstellung die Stellung der rechtssozialistischen Partei, damit aber die rechtssozialistische Regierungspolitik zu stützen.

Es sprachen in der heutigen Debatte zwei Rechtssozialisten, der Interpellant Beder und der antwortende Reichswirtschaftsminister Schmidt. Der Interpellant Beder griff das Wucher- und Schieberturn an, er zeigte die ungeheuerliche Preistreibeerei, die es der minderbemittelten Bevölkerung